

Finanzkrise zwingt Ukraine auf Kurs

Kiews neue Regierung trifft in Europa noch auf viel Misstrauen. Präsident Janukowitsch wirbt um Zuspruch - auch mit einem harten Sparkurs für das Land.

Dietrich Creutzburg, Mathias Brüggemann
Kiew, Warschau

Der Staatspräsident eröffnet das Gespräch mit entwaffnender Offenheit: Selbstverständlich wolle er auch kritische Fragen zur Pressefreiheit beantworten, betont Viktor Janukowitsch - jener Mann, dessen Amtsantritt im Februar den Endpunkt der ehemals so hoffnungsvollen „Orangen Revolution“ in der Ukraine markierte.

Noch lieber spricht er aber darüber, wie engagiert sich Präsident und Regierung seither dafür einsetzen, die Ukraine nach dem Schlag der globalen Finanzkrise ökonomisch wieder in die Spur zu bringen - und sie auch näher an die Europäische Union heranzuführen. „Wir verstehen sehr gut, dass wir die Staatsausgaben senken und die Einnahmen erhöhen

müssen“, sagt Janukowitsch. Dies sei schon deshalb erstrebenswert, „weil die Wirtschaftsentwicklung positiv darauf reagiert“. Die Annäherung an die EU laufe noch zu langsam. „Die Verantwortung für einen engeren Kontakt liegt auf beiden Seiten“, sieht er auch sein Land in der Pflicht.

Damit skizziert er eine Strategie, die weitaus progressiver und europäischer wirkt, als es dem im Westen vorherrschenden Bild von der Ukraine entspricht. Janukowitsch gilt als enger Verbündeter Russlands - und die Erinnerung an seine versuchte Wahlfälschung 2004 ist noch frisch. Doch er bemüht sich nach Kräften, das Bild zu ändern. Es gebe „keine Beschränkung der Pressefreiheit durch staatliche Stellen“, kontert er die erbetenen Nachfragen. Wer andere Fakten kenne, möge sie bitte vorlegen.

Stabilität nach vielen Jahren Chaos

Nach Jahren lähmender Machtkämpfe zwischen dem früheren Präsidenten Viktor Juschtschenko und Ex-Ministerpräsidentin Julia Timoschenko hat sich die neue Staatsführung in jedem Fall in einem Maß stabilisiert, das ihr ungewohnte Handlungsfähigkeit gibt. Dies gilt auch, wenn es wie Ende April darum geht,

den neuen Staatshaushalt durchs Parlament zu peitschen - mitsamt eines umstrittenen Pakts, der Russland den Verbleib seiner Schwarzmeerflotte auf der Krim garantiert.

Aber auch die Finanznot erzeugt Handlungsdruck: Die Wirtschaft ist 2009 um 15 Prozent abgesackt; das Etatdefizit explodierte. Offiziell lag es bei 6,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), inklusive der Lücken in der Rentenkasse und beim staatlichen Gaskonzern Naftogas waren es gar bedrohliche zwölf Prozent. Daher versucht die Ukraine, den IWF von ihrer Glaubwürdigkeit zu überzeugen. Denn der hatte die Auszahlung eines Ende 2008 zugesagten Hilfskredits über 16,4 Mrd. Dollar im Winter gestoppt, als sich die wahlkämpfende Politik immer weiter von den gestellten Bedingungen entfernte.

Nun ist nicht nur der neue Präsident im Amt. Nach anfangs unklaren Stimmverhältnissen im Parlament hat sich, unter Janukowitschs Gefolgsman Nikolaj Asarow, auch eine neue Regierung ausreichende Mehrheiten unter den Abgeordneten verschafft - und soeben die ersten 100 Tage hinter sich gebracht. Mittlerweile kann sie erste Taten vorweisen, die die Worte des Präsidenten zum-

IWF-VERHANDLUNGEN

Alte Kredite

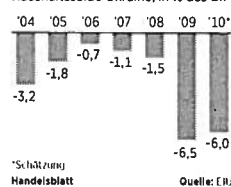
Einen Hilfskredit über 16,4 Mrd. Dollar hatte der Internationale Währungsfonds der Ukraine bereits Ende 2008 in Aussicht gestellt. Die letzte Tranche war jedoch gestoppt worden, weil Kiew vom vereinbarten Stabilisierungskurs abgewichen ist.

Neue Hilfen

Derzeit verhandelt ein IWF-Team in Kiew über eine Freigabe der Hilfen. Dafür verlangt der Fonds jedoch Einschnitte im Etat. Genauso wichtig sind aber überfällige Struktur reformen im Finanz- und Energiebereich.

Schwer im Minus

Haushaltssaldo Ukraine, in % des BIP



dest im Ansatz untermauern: Sie hat ein Gesetzespaket eingebracht, das vor allem durch höhere Konsumsteuern die Staatseinnahmen um umgerechnet 1,5 Mrd. Euro steigern soll. Parallel sind Schritte gegen drückende Pensionslasten vorgesehen; die für Landesverhältnisse beachtliche Höchstrente von im Einzelfall bis zu 4000 Euro pro Monat soll künftig bei 1000 Euro gekappt werden.

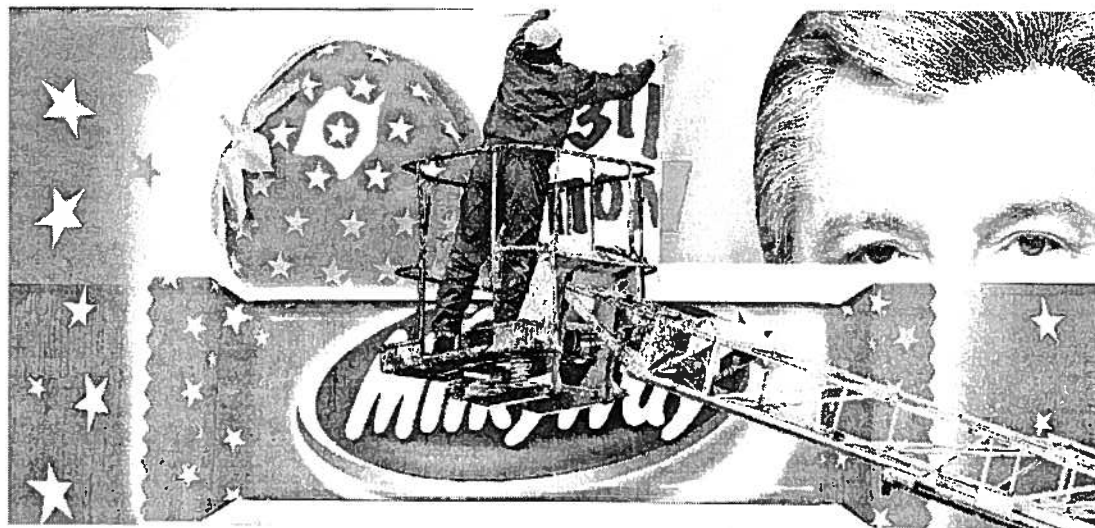
Der Präsident halbiert sein Gehalt

Weitere Elemente wie eine Reform der Unternehmensbesteuerung, Maßnahmen gegen Korruption und eine Verschärfung des Regierungsapparats seien unterwegs - und einen Beitrag habe auch er selbst geleistet, ergänzt Janukowitsch: „Ich habe mein Präsidentengehalt halbiert.“ Letztlich werde das Land seine Verpflichtungen gegenüber dem IWF „zu 100 Prozent einhalten“.

Nach langem Gerangel ist in dieser Woche wieder eine IWF-Delegation in Kiew, um sich ein konkretes Bild zu machen. Die Zieldaten, zu denen sich der Präsident bekennt, sind jedenfalls beachtlich: Das Etatdefizit werde schon 2010 deutlich unter die vom Währungsfonds geforderten sechs Prozent sinken - und bis 2012 unter 2,5 Prozent. Dabei hilft dann doch auch Russland: Der Verbleib der Schwarzmeerflotte beschert der Ukraine vorübergehende Gaspreiserbisse von bis zu 40 Mrd. Dollar.

Auf der anderen Seite desselben Blattes steht indes die Drohung Russlands, das kostbare ukrainische Gas-Transitnetz mit der geplanten South-Stream-Pipeline durch das Schwarze Meer zu entwerten. Diese werde vor allem gebaut, „um die Ukraine unter Druck zu setzen“, sagt ein für Osteuropa zuständiger ranghoher Beamter der EU-Kommission - Moskau wolle so noch mehr Annäherung an Russland erzwingen.

Umso größer ist in Kiew das Bedauern über eine eher reservierte Haltung der Europäer zur Ukraine. Fast trotzigt verspricht Premier Asarow: Selbst wenn die EU nicht von Beitritt reden wolle - „wir wollen ein Staat werden, der die Kriterien erfüllt“.



Ein Arbeiter überklebt ein Wahlplakat für Viktor Janukowitsch.

H Die Ukraine im Handelsblatt-Almanach handelsblatt.com/almanach